

Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Hermann Stubbe (Steinfurt KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 28 bis 29 einfügen:

Willfährigkeit gegenüber starken Lobbys und autoritäre Tendenzen nehmen wir nicht hin. Wir Grünen werden die EU weiterentwickeln, denn wir haben noch viel mit ihr vor. Gerade jetzt. Unser langfristiges Ziel ist es, die europäische Einigung mit der Gründung der Republik Europa zu ihrem Ziel zu führen und die Ära der heutigen Nationalstaaten in Europa zu beenden. Diese föderale Republik mit einer europäischen Verfassung soll mit zwei Kammern - dem einheitlich gewählten Europaparlament und der Kammer der Regionen nicht nur eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik, sondern auch ein gemeinschaftliches Steuer- und Sozialsystem verwirklichen.

Begründung

Die EU ist mittlerweile an einem Punkt angekommen, an dem der Spagat zwischen Nationalstaaten und supranationaler Politik immer weniger funktioniert. Es wird Zeit, die Finalitätsfrage der europäischen Einigung zu stellen: Wo wollen wir mit Europa hin? Was ist das Ziel?

Nur eine echte gemeinsame europäische Demokratie ist in der Lage, die Herausforderungen in Europa zu meistern. Nur wenn es vollständige demokratische Gremien und Strukturen gibt, die - wie in jeder echten Demokratie - durch Verhandlungen und Mehrheitsentscheidungen gemeinschaftlich gewählter Volksvertreter*innen bestimmt werden, kann das gemeinsame Interesse der Bürger*innen verwirklicht werden. Stellen wir uns einmal vor, Deutschland würde noch immer aus 16 selbstständigen Staaten bestehen, die zuerst ihre nationalen Interessen verfolgten, so wird deutlich, wie wichtig eine gemeinsame republikanische Ordnung ist. Europa ist heute viel zu sehr in den nationalen Interessen der Mitgliedsländer gefangen.

Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guerot, die auf der BDK in Hannover 2012 eine großartige Rede hielt, hat die Idee der Republik Europa in ihrem Buch "Warum Europa eine Republik werden muss - Eine politische Utopie" überzeugend dargestellt.

Wir Grünen können mit dieser Forderung den Mut zeigen, als erstes diesen revolutionären, wenn auch schlicht notwendigen Schritt gehen zu wollen.

Unterstützer*innen

Philipp Schmagold (Kiel KV); Christopher Welwert (Garmisch-Partenkirchen KV); Joël Back (Münster KV); Karl Reinke (Steinfurt KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Anja Cäsar (Krefeld KV); Jan Seemann (Münster KV); Niklas Gessner (Solingen KV); Marc Kersten (Köln KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Florian Wüpping (Münster KV); Benjamin Pause (Solingen KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Wolfgang Cordes (Bochum KV); Violetta Schulz (Steinfurt KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Markus Wagener (Köln KV); Andrea Piro

(Rhein-Sieg KV); Benedikt Pleie (Steinfurt KV); Roland Schwarz (Köln KV); Herbert Breidenbach (Steinfurt KV); Olaf Renk (Steinfurt KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV)